



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@lra-
ed.de

Erding, 23.09.2008
Az.:

3. Sitzung des Kreistages am 15.09.2008

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Attenhauser, Peter	bis 17.45 Uhr
Bauer, Thomas Dr.	
Baumgartner, Gabriele	
Becker, Manfred	
Bendl, Roswitha	
Biller, Josef	ab 15.25 Uhr
Dieckmann, Ulla	
Eichinger, Gertrud	
Els, Georg	ab 15.25 Uhr
Empl, Korbinian	
Fischer, Siegfried	
Gruber, Michael	von 15.20 Uhr bis 17.00 Uhr
Grundner, Heinz	
Hagl, Monika	bis 17.35 Uhr
Hartl, Anni	
Heilmeier, Georg	bis 17.20 Uhr
Hofstetter, Franz Josef	
Jobst, Karl Heinz	
Kellermann, Otto	bis 17.45 Uhr
Knur, Herbert	bis 17.00 Uhr
Kubo, Reinhard Dr.	



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kuhn, Günther
Lackner, Helmut bis 17.35 Uhr

Mayr, Elisabeth bis 17.35 Uhr

Mehringer, Rainer

Meister, Michaela bis 17.00 Uhr

Mittermaier, Georg

Oberhofer, Michael

Patschky, Jürgen

Peis, Hans

Rübensaal, Siegfried

Scharf-Gerlspeck, Ulrike bis 17.50 Uhr

Schlehuber, Anton

Schmidt, Horst

Schmidt, Markus

Schwimmer, Hans

Seeger, Hannelore

Sievers, Nicole

Slawny, Manfred

Steinberger, Friedrich

Sterr, Josef ab 15.35 Uhr

Stieglmeier, Helga

Treffler, Stephan

Utz, Peter

Vogelfänger, Cornelia

Ways, Rudolf

Wegmaier, Alexander

Wiesmaier, Hans

Zehetmair, Johann Dr. ab 17.35 Uhr

von der Verwaltung:

Pelger Caroline

Preuße Ruth (zu TOP 2)

Kröppel Thomas (TOP 4.2)

Mayer Elfriede (Protokoll)

Centner Christina



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Ferner nehmen teil:

Schulamtsleiter Mittermaier (zu TOP 4.4)

Dr. Ramming, Vorstandsvorsitzender und Dr. Hüttner Vorstandsmitglied vom Krankenhaus Erding zu TOP 4.5

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:10 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

Ehrung von Kreisräten

1. Sozialwesen
Altenhilfeplan des Landkreises Erding
4. Fortschreibung 2008
Vorlage: 2008/0390
2. Schöffenwahlausschuss
Wahl der Vertreter für den Schöffenwahlausschuss
Vorlage: 2008/0384
3. Bekanntgaben und Anfragen
 - 3.1 Anfrage zur Nebentätigkeit des Vorsitzenden im Beirat der e.on Wasserkraft GmbH
 - 3.2 Anfrage bezüglich der öffentlichen Ausschreibung von Schulbüchern
 - 3.3 Anfrage zu den aktuellen Schülerzahlen
 - 3.4 Schulamt
 - 3.5 Bericht KKH Erding

Öffentliche Sitzung des Kreistages am 15.09.2008



Ehrung von Kreisräten

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt **der Vorsitzende** die Kreisräte Schlehuber Anton, Dr. Bauer Thomas, Kellermann Otto, Patschky Jürgen und die ehemaligen Kreisräte Christofori Erich und Reiter Wolfgang und bedankt sich für die jahrzehntelange Tätigkeit im kommunalen Bereich. Er überreicht Kreisrat Schlehuber die Kommunale Verdienstmedaille in Bronze und an die Kreisräte Dr. Bauer Thomas, Kellermann Otto, Patschky Jürgen, Christofori Erich und Reiter Wolfgang die Kommunale Dankurkunde.

Die Ehrungen der entschuldigten Kreisräte Reingruber Karl-Heinz, Huber Martin und Kreisrat Biller werden bei Gelegenheit nachgeholt.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

1. Sozialwesen Altenhilfeplan des Landkreises Erding 4. Fortschreibung 2008 Vorlage: 2008/0390

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage und bittet Frau Preuße um Ausführung.

Frau Preuße erklärt, die Gesellschaft sehe sich durch den kontinuierlich zunehmenden Anteil älterer Menschen einem strukturellen Wandel ausgesetzt. Veränderungen in den Lebensbedingungen, familiäre Beziehungen sowie die Zunahme von Kleinsthaushalten auch im ländlichen Bereich führe dazu, dass viele pflegebedürftige Menschen im Alter auf fremde Hilfe zurückgreifen müssen. Dies stelle auch die kommunale Seniorenpolitik vor große Herausforderungen. Mit der Zunahme des Anteils älterer Menschen steige der Anteil an hoch betagten, hilfe- und pflegebedürftigen Mitbürgern. Obwohl im SGB XI und im Ausführungsgesetz zu den Sozialen Gesetzen ein klarer gesetzlicher Auftrag formuliert sei, habe der Altenhilfeplan keine unmittelbare Wirkung nach außen. Auch bestehe kein Anspruch auf Aufnahme in diese Bedarfspläne. Der Altenhilfeplan verstehe sich als Instrument zur Beseitigung quantitativer und qualitativer Versorgungsdefizite bei Pflegeeinrichtungen. Die Pflegebedarfsplanung habe eine marktregulierende Wirkung, diene der Information und Übersicht und werde den Senioren, den Angehörigen und allen, die sich mit dem Thema befassen, im Internet oder in gedruckter Form zugänglich gemacht.

Entsprechend dem Auftrag des Kreisausschusses vom 21.07.2008 seien die Städte und Gemeinden, die örtlichen und regionalen Arbeitsgemeinschaften der Pflegekassen, der Bezirk Oberbayern als überörtlicher Sozialhilfeträger und die Trägern der Pflegeeinrichtungen mit Schreiben vom 24.07.2008 um Stellungnahme gebeten worden. Soweit eine Rückäußerung erfolgt sei, habe Einverständnis mit der 4. Fortschreibung bestanden. Redaktionelle Ergänzungen seien im Altenhilfeplan eingearbeitet worden, haben aber keine Auswirkung auf die Bedarfssituation. Frau Preuße betont, der Landkreis Erding habe sich in der Vergangenheit bei der Förderung von Pflegeeinrichtungen im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit in besonderer Weise engagiert. Die immer geringer werdenden Restbedarfe bei der Versorgung der

Bevölkerung mit Pflegeeinrichtungen werden weitgehend von privaten Investoren übernommen, die keiner staatlichen Förderung bedürfen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Schmidt bedankt sich für die umfangreiche Darstellung. Er habe bereits in der Sitzung des Kreisausschusses darauf hingewiesen und verweist auf Seite 61. Eine Umfrage habe ergeben, dass 81 % der Befragten der Meinung seien, dass im Landkreis Erding das Angebot an Heimplätzen für Demenzkranke nicht ausreichend sei. Er möchte wissen, wie der Bedarf eingeschätzt werde.

Weiter interessiert ihn, ob es sich beim Anteil der Senioren mit ausländischer Herkunft (Seite 31) ausschließlich um Senioren mit ausländischem Pass handelt. Er denkt, für die künftige Planung sollte eine genauere Unterscheidung erfolgen.

Frau Preuße antwortet, in Kürze werden im Pflegeheim „Villa Moosen“ 20 beschützende Plätze eröffnet. Derzeit gebe es 34 Plätze im Pflegeheim Wernhardsberg. Rückfragen haben ergeben, dass dort beschützende Plätze nicht häufig nachgefragt werden. Sie geht davon aus, wenn die Plätze im Pflegeheim „Villa Moosen“ eröffnet seien, dass genügend Plätze für die Demenzkranke zur Verfügung stehen. Sie berichtet, dass viele Familienangehörige ihre Eltern, Verwandten nicht in geschlossene Abteilungen geben möchten, weil doch ein „Makel“ anlastet. Heime versuchen auch, demente Patienten unterzubringen und sie zu beschäftigen, um so zu verhindern, dass sie weglaufen. Sie rät, abzuwarten, wie sich der Bedarf nach Eröffnung der Plätze im Pflegeheim „Villa Moosen“ darstelle.

Auf die Frage von Kreisrat Schmidt zum Anteil der Senioren mit ausländischer Herkunft merkt Frau Preuße an, bei den ausländischen Mitbürgern handele es sich tatsächlich um ausländische Mitbürger mit einem ausländischen Pass.

Kreisrat Dr. Kubo merkt an, die demografische Entwicklung sei sehr viel schneller als prognostiziert. Er denkt, die Aufgaben und Anforderungen müssen nach oben korrigiert werden.

Die vorhandenen vollstationären Pflegeplätze seien ausreichend. Es gebe keine Notwendigkeit für den Landkreis, mit einem Zuschuss weitere Altenheime zu unterstützen. Es bestehe ein rechnerischer Überhang von 177 Plätzen. Auch die vorhandenen Kurzzeitpflegeplätze seien ausreichend. Bei der Tagespflege existieren 45 Plätze, wobei anzumerken sei, dass in Erding und im Großraum Erding, es keine Plätze gebe. Er denkt, dass mit einem Angebot auch die Nachfrage kommen würde.

Weiter merkt er an, ein großes Problem scheint die Betreuung von Demenzkranken zu sein. Der theoretisch berechnete Bedarf liege bei 214 Heimplätzen. Lediglich 77 Plätze seien belegt. Allgemein werde aber mit einer deutlichen Zunahme von Demenzkranken gerechnet, weil die Menschen immer älter werden. Bis 2024 werde allgemein eine Steigerung von 40 % erwartet, die im Landkreis noch höher sein dürfte, weil die Zunahme der Bevölkerung höher sein wird, als die statistische Vorhersage.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Er möchte darauf hinweisen, dass sich der Deutsche Ärztetag ausgiebig mit dem Thema Demenzkranke beschäftigt und eindringlich darauf hingewiesen habe, dass die Bevölkerung dafür sensibilisiert werde, weil das Problem sehr groß werden wird. Nach der Reform des Pflegegesetzes übernehme die Pflegekasse die Bezahlung für jeden 25. Heimbewohner. Es werde damit Rechnung getragen, dass der Bereich wirklich ein großes Problem werden wird und dieses nicht verschlafen werden dürfe.

Die Fraktion der FW beantragt, dass die Verwaltung prüft, inwieweit jetzt schon Handlungsbedarf besteht, welche Maßnahmen notwendig werden und welche finanziellen Auswirkungen sich daraus ergeben.

Frau Preuße habe schon darauf hingewiesen, nicht alle Pflegebedürftigen müssen in einem Altenheim betreut werden. Erfreulicherweise werden viele Menschen von Angehörigen versorgt. Dass dies so bleiben wird, müssen die Pflegeangehörigen unterstützt werden. Deshalb sollte im Landratsamt eine Stelle für die Betreuung von Pflegeangehörigen geschaffen werden. Dieses Projekt würde vom Freistaat Bayern mit einem jährlichen Zuschuss von 17.000 € pro 100.000 Einwohner unterstützt werden. Bei einer Halbtagsstelle würden also auf den Landkreis keine zusätzlichen Kosten zukommen. Wenn diese Summe nicht reichen sollte, wären die Mehrausgaben durchaus berechtigt, weil Kosten für stationäre Einrichtungen eingespart werden könnten. Die FW-Fraktion stellt den Antrag, eine Fachstelle für Pflegeangehörige einzurichten. Seit 1999 gebe es das Sachgebiet Senioren, Behinderte und Soziales am Landratsamt. Er denkt, die Aufgaben könnten ausgeweitet werden, z.B. mit der Weitergabe von Informationen über barrierefreies Bauen, Koordinierung und Verknüpfung von vorhandenen Versorgungsstrukturen im ambulanten und stationären Bereich, vor allem die Koordination der Versorgungseinrichtungen, die in den einzelnen Gemeinden gebaut und geplant werden. Erwähnt sei dabei ein Mehrgenerationenhaus in Taufkirchen/Vils. Er denkt, eine Koordination sei wichtig, damit nicht jede Gemeinde ihr „eigenes Süppchen koche“. Weiter schlage er eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit vor. Eine zentrale Vermittlungsstelle wäre hilfreich.

Der Vorsitzende betont, Dr. Kubo habe einige Bereiche angesprochen, die nicht direkt mit dem Altenhilfeplan vorberaten worden sind. Die Schaffung einer neuen Stelle sei im Haushalt nicht vorgesehen und müsste im nächsten Haushalt 2009 diskutiert werden. Er denkt, dass Dr. Kubo die mündlich formulierten Anträge zu den Haushaltsberatungen einbringen werde. Dem stimmt **Kreisrat Dr. Kubo** zu.

Der Vorsitzende warnt vor einer Koordination, wie Kreisrat Dr. Kubo beschrieben habe. Der Landkreis könne in dem Bereich keiner Gemeinde Vorschriften machen. Es liege in der eigenen Zuständigkeit einer Gemeinde, wie weit sie sich engagieren wolle. Sollte eine Gemeinde Zuschüsse geben, müsste sogar die Kommunalaufsicht prüfen, ob das zulässig wäre. Für den Bereich Altenpflege habe der Landkreis keine Zuständigkeit. Wenn Anfragen kommen, werden entsprechende Informationen gegeben.

Frau Preuße berichtet, es sei vielleicht nicht so bekannt, aber das Sachgebiet Senioren, Behinderte und Soziales sei Ansprechpartner für Vieles. Sie habe bisher noch jedem, der bei ihr nachgefragt habe, einem



Pflegeplatz vermitteln können. Anfragen können jederzeit an das Sachgebiet gerichtet werden. Zudem habe sie bereits zum „seniorenrechtlichen Wohnen“ einen Fortbildungslehrgang absolviert. Das Sachgebiet könne jederzeit Auskunft geben.

Kreisrat Kellermann ergänzt, das Problem, das schon seit Jahren immer wieder angesprochen werde sei, dass es in Erding oder in der Nähe keine Einrichtung für Demenzkranke gebe.

Der Vorsitzende merkt an, die Fischer's Stiftung in Erding überlege derzeit, wie eine solche Abteilung geschaffen werden könnte.

Kreisrätin Dieckmann denkt, es wäre eine Entlastung für viele Pflegeangehörige, wenn der Bereich Kurzzeitpflege ausgeweitet würde. Weiter verweist sie auf Seite 90 und sagt, auch die Gemeinde Wörth habe eine Seniorenreferentin, Frau Renate Speer. Sie sei Nachfolgerin von Herrn Sachsenhauser. Weitere Änderungen im Bereich der Gemeinde Wörth werde sie am Ende der Sitzung mitteilen.

Frau Preuße antwortet, im Krankenhaus Dorfen gebe es eine Station für Kurzzeitpflege mit 20 Betten. Auch nehmen Heime Personen in Kurzzeitpflege auf, wenn sie freie Plätze haben. Es sei festzustellen, dass in der Urlaubszeit nach mehr Kurzzeitpflegeplätzen gefragt werde. Die Bereitstellung der Plätze sei jedoch auch wirtschaftlich zu sehen. Eine Einrichtung kann keine Plätze das ganze Jahr freihalten, die vielleicht nur in der Urlaubszeit belegt seien. Sie rät, eine Anmeldung frühzeitig vorzunehmen.

Nach eingehender Diskussion bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KT/0023-14

Der Altenhilfeplan für den Landkreis Erding, 4. Fortschreibung 2008, wird entsprechend dem in der Anlage beigefügten Entwurf zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Bedarf an Pflegeeinrichtungen wird entsprechend der Bedarfsplanung festgestellt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 48 : 0 Stimmen.**

2. Schöffenwahl

Wahl der Vertreter für den Schöffenwahlausschuss

Vorlage: 2008/0384

Der Vorsitzende erklärt, die Vertrauenspersonen für den Schöffenwahlausschuss seien in geheimer Abstimmung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Kreistagsmitglieder (49 Kreisräte plus Landrat), mindestens jedoch mit der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl auf die Dauer von fünf Jahren (Bek. des Bayer. Staatsministeriums der Justiz und des Innern v. 18.09.2007), also mit wenigstens 34 Stimmen zu wählen.

Kreisrat Kuhn merkt an, im Vorlagebericht sei zu lesen, dass aufgrund der Geschäftsordnung die §§ 31 und 41 zugrunde gelegt werden und das Verfahren nach d'Hondt anzuwenden sei. In § 41 Abs. 2 der GeschO (im Internet) heißt es: „Für die Ermittlung dieser Vertreter sind die Grundsätze

über die Verteilung von Ausschusssitzen (§ 32) entsprechend anzuwenden.“



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Nach nochmaliger Prüfung verweist **Frau Pelger** auf § 41 „Vertretung des Landkreises in sonstigen Organisationen“ und erklärt, in der neuen Geschäftsordnung 2008 – 2014 steht: „Als Vertreter des Landkreises in sonstigen Organisationen werden ausschließlich Mitglieder des Kreistages Erding entsandt. Die Ermittlung dieser Vertreter erfolgt nach d`Hondt.“ Folglich habe Kreisrat Kuhn vermutlich eine alte Version der Geschäftsordnung.

Daraufhin erklärt **der Vorsitzende**, vom Kreisausschuss seien zur Wahl folgende Personen vorgeschlagen worden:

Baumgartner Gabriele, Taufkirchen/Vils
Gotz Maximilian, Erding
Hofstetter Franz, Taufkirchen/Vils
Knur Herbert, Berglern
Peis Hans, Neuching
Rübensaal Siegfried, Lengdorf
Steinberger Friedrich, Erding.

Die Verwaltung habe einen Wahlzettel mit den sieben genannten Namen in alphabetischer Reihenfolge vorbereitet. Der Vorsitzende schlägt vor, zur Vorsitzenden des Wahlausschusses Frau Pelger und als Beisitzer Frau Mayer und Frau Centner zu benennen. Damit besteht allgemein Einverständnis.

Nachdem alle anwesenden Kreisräte vom Stimmrecht Gebrauch gemacht haben, gibt der Vorsitzende das Ergebnis des ersten Wahlganges bekannt.

Wähler: 50
Abgegebene Stimmzettel: 50
Ungültige Stimmzettel: 6
Gültige Stimmzettel: 44

Gewählt wurden:
Baumgartner Gabriele, Taufkirchen/Vils – mit 39 Stimmen
Gotz Maximilian, Erding – mit 39 Stimmen
Hofstetter Franz, Taufkirchen/Vils – mit 36 Stimmen
Knur Herbert, Berglern – mit 39 Stimmen
Peis Hans, Neuching – mit 38 Stimmen.

Die erforderliche Mehrheit haben nicht erreicht:
Rübensaal Siegfried, Lengdorf
Steinberger Friedrich, Erding.

Damit sei ein weiterer Wahlgang erforderlich. Die Kreisräte werden zum 2. Wahlgang gebeten.

Danach gibt der Vorsitzende das Ergebnis bekannt:
Wähler: 50
Abgegebene Stimmzettel: 50
Ungültige Stimmzettel: 5

Gültige Stimmzettel: 45

Der Vorsitzende gibt das Ergebnis bekannt:

Rübensaal Siegfried, Lengdorf – mit 43 Stimmen

Steinberger Friedrich, Erding – mit 42 Stimmen.

Der Vorsitzende gibt noch bekannt, das Amtsgerichtes Erding habe gebeten, den gewählten Vertrauenspersonen den Termin für die Schöffenwahl bekannt zu geben. Als Termin sei Dienstag, 30.09.2008 um 15.30 Uhr im Sitzungssaal 1, Münchner Str. 27, Amtsgericht Erding bestimmt worden.

KT/0024-14

Gewählt als Mitglieder des Schöffenwahlausschusses sind folgende Bürger des Landkreises Erding:

- Baumgartner Gabriele mit 39 Stimmen
- Gotz Maximilian mit 39 Stimmen
- Hofstetter Franz mit 36 Stimmen
- Knur Herbert mit 39 Stimmen
- Peis Hans mit 38 Stimmen
- Rübensaal Siegfried mit 43 Stimmen
- Steinberger Friedrich 42 Stimmen.

3. Bekanntgaben und Anfragen

3.1 Anfrage zur Nebentätigkeit des Vorsitzenden im Beirat der e.on Wasserkraft GmbH

Kreisrat Jobst verweist auf die Kreistagssitzung am 30.06.2008, in der der Vorsitzende in den Beirat der e.on Wasserkraft GmbH berufen worden sei. Er habe dem auch zugestimmt, jedoch habe er nach der Abstimmung mit dem Vorsitzenden telefoniert und ihm mitgeteilt, dass er bei der Zustimmung doch Bedenken gehabt habe.

Der Vorsitzende weist Kreisrat Jobst darauf hin, in seinen Ausführungen zu bedenken, dass er aus einer nichtöffentlichen Sitzung berichtet.

Kreisrat Jobst erklärt, er habe den Vorsitzenden in dem Telefonat gebeten, aus diesem Beirat einmal pro Jahr einen Bericht den Kreisräten zu geben, um die Bedenken auszuräumen.

Der Vorsitzende antwortet, bisher habe noch keine Sitzung stattgefunden. Bei Gelegenheit werde er einen Bericht geben.

3.2 Anfrage bezüglich der öffentlichen Ausschreibung von Schulbüchern



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrätin Dieckmann erklärt, sie habe eine Anfrage bezüglich der öffentlichen Ausschreibung der Schulbücher für die weiterführenden Schulen, die in der Trägerschaft des Landkreises seien. Sie habe sich bei anderen Landkreisen erkundigt und erfahren, dass bei anderen Landkreisen, z.B. Landkreis Weilheim, eine öffentliche Ausschreibung von Schulbüchern nicht üblich sei. In der Presse war zu lesen, dass bei einer Summe von über 30.000 € pro Schule öffentlich ausgeschrieben werden muss. Sie möchte wissen, welche Vorschriften Grundlage für eine Ausschreibung seien. Sie würde diese gerne einsehen. Sie denkt, dass für die Buchhandlungen im ganzen Landkreis, die seit Jahren die Schulen diesbezüglich beraten, usw., eine sichere Einnahmequelle weg gebrochen sei und doch der Mittelstand gefördert werden solle. Dazu kommt, dass die Schulbücher relativ spät gekommen seien. Kreisrätin Dieckmann denkt, wenn die Schulbücher eher gekommen wären, hätten sich die Lehrer schon einarbeiten können.

Der Vorsitzende antwortet, morgen beginnt die Schule nach den Ferien. Die Bücher seien bereits geliefert worden. Er betont, wenn die Lieferung hätte früher sein sollen, hätten die Meldungen der einzelnen Schulen auch zeitgerecht erfolgen sollen und nicht erst zu Beginn der Ferien. Zum Beispiel habe das neue Gymnasium die Anmeldungen so spät vorgelegt und deswegen habe die Verwaltung die Ausschreibung nicht eher vornehmen können.

Er berichtet, ab einer Summe von 30.000 € pro Schule dürfe die Vergabe aufgrund haushaltsrechtlicher Vorschriften nicht mehr im Wege der freihändigen Vergabe durchgeführt werden. Er möchte keine Gesetzesüberschreitung tätigen. Er bittet Herrn Kröppel um Ausführung.

Herr Kröppel erklärt, Grundlage seien die Vergaberichtlinien des Freistaates Bayern (VOL Teil A, § 2 „Grundsätze der Vergabe“), die Veröffentlichung im Bundesanzeiger vom 16.06.2001 und eine Information „Wertgrenzen“ der Reg. v. Obb vom 05.09.2007. Es sei die Aussage getroffen, dass bei einer Leistung ab 30.000 € eine Ausschreibung nach VOL zu erfolgen habe. Er habe sich auch nochmals beim Innenministerium und bei der Reg. v. Obb erkundigt. Es war die eindeutige Aussage, eine Ausschreibung dürfe nicht zu Lasten des Wettbewerbes verhindert oder umgangen werden. Eine Ausschreibung sei zwingend notwendig.

Der Vorsitzende ergänzt, interessant sei, dass der Landkreis bei den Kriterien nicht den Preis habe festsetzen dürfen. Aufgrund der Buchpreisbindung bieten alle Buchhändler zu den gleichen Konditionen an. Als Kriterien seien Zuverlässigkeit, usw. genannt worden. Heuer sei eine Behinderteneinrichtung zum Zuge gekommen, die allen anderen Bewerbern vorzuziehen sei. Der Vorsitzende fragt Herrn Kröppel, wann die Meldung vom neuen Gymnasium im Landratsamt eingegangen sei.

Herr Kröppel antwortet, vom neuen Gymnasium sei die Bedarfsmeldung in der letzten Woche vor den Ferien eingegangen. Das Anne-Frank-Gymnasium habe z.B. erst ein Drittel des Bedarfes an Schulbüchern bestellt.



Kreisrat Schmidt fragt, ob diese Regelung für den ganzen Landkreis und für alle Bücher gelte. Er bittet über die Kriterien, die „etwas beliebig“ erscheinen, zu diskutieren.

Der Vorsitzende antwortet, eine Ausschreibung habe bei der Summe von 30.000 € pro Schule zu erfolgen. Bisher haben die Schulen ihre Bücher selber bestellt.

Herr Kröppel sagt, als Kriterien seien das Buch an sich, der Buchpreis, der identisch sein müsste, die Transportkosten, die bei allen Anbietern aus dem ganzen Bundesgebiet bei Null Euro waren und das Reklamationsverfahren genannt worden. Jedoch alle Bieter haben auch das angeboten.

Kreisrätin Dieckmann fragt, ob die Ausschreibung für alle Schulen vorgenommen worden sind.

Herr Kröppel antwortet, die Bücherbestellung für der Realschule Taufkirchen/Vils sei nicht öffentlich ausgeschrieben worden, die Gesamtsumme sei ca. 17.000 € gewesen.

Kreisrat Kuhn fragt, seit wann es diese neue Regelung gebe.

Der Vorsitzende sagt, diese Regelung gebe es schon länger und sei bisher nicht beachtet worden.

Herr Kröppel ergänzt, die Regelung gelte seit 2001. Aufgrund intensiver Anfragen von externen Firmen sei die Verwaltung darauf aufmerksam geworden.

Kreisrätin Dieckmann wünscht, bei der nächsten Ausschreibung das Kriterium Beratung anzufügen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass das Vergaberecht nicht einfach zu handhaben sei. Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

3.3 Anfrage zu den aktuellen Schülerzahlen

Kreisrat Schmidt wünscht, in der nächsten Sitzung eine Aktualisierung der Schülerzahlen für die weiterführenden Schulen und eine Aufstellung, wie viele Schüler sich tatsächlich an den einzelnen Schulen angemeldet haben zu bekommen.

Der Vorsitzende antwortet, er habe bereits eine Fortschreibung des gesamten Schulentwicklungskonzeptes veranlasst. Weiter habe er geplant, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur vorzustellen, inwieweit das Schulentwicklungsgutachten bezüglich der rückläufigen Schülerzahlen, die erst ab 2009, 2010 prognostiziert waren, richtig war, denn tatsächlich sei der Schülerrückgang bei den weiterführenden Schulen jetzt schon eingetreten.

Weiter möchte **Kreisrat Schmidt** wissen, ob der Vorsitzende die Anfrage zum Kreiskrankenhaus heute beantworten werde.

Der Vorsitzende sagt, der Vorstand des Krankenhauses Erding werde im Anschluss zu den Fragen Stellung nehmen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

3.4 Schulamt

Schulamtsleiter Mittermaier möchte zu Vorgängen Stellung nehmen, die nicht hätten sein müssen, wenn vorab Informationen eingeholt worden wären. Es sei versucht worden, die Arbeit der fachlichen Leitung des Schulamtes und seine Person in Misskredit zu bringen und es sei ihm eine Vermengung von Partei und Staatsbehörde unterstellt worden.

Zur Stellenbesetzung von Schulleitungen merkt er an, immer wieder werden bei Besetzungen von Rektoren- und Konrektorenstellen Vermutungen und Unterstellungen verbreitet. Dazu erklärt er, die Rektoren- bzw. Konrektorenstellen werden oberbayernweit zur Bewerbung ausgeschrieben, die Schulratstellen bayernweit. Das jeweilige Schulamt sammelt die Bewerbungsunterlagen und leitet sie an die Regierung von Oberbayern weiter. Dort erfolgt die Auswahl unter den eingegangenen Bewerbungen nach fachlicher Qualifikation entsprechend der personalrechtlichen Bestimmungen, aufgrund der Ergebnisse der beiden Staatsexamen und mehrerer dienstlicher Beurteilungen, die zwei, sechs oder zehn Jahre zurückliegen. Die Stellenbesetzungen werden auch von den Personalratsgremien auf örtlicher und auf Bezirksebene überprüft. Gegen eine Personalentscheidung könne jederzeit Einspruch und Klage erhoben werden. Der Beweis für die ausschließlich auf fachliche Qualifikation beruhenden Personalentscheidungen seien nicht nur die Besetzung der weiteren Schulratsstelle im Schulamt, sondern viele Besetzungen von Schulleiterkollegen, die nicht nur der Regierungspartei angehören.

Weiter merkt er an, in der Presse und in Leserbriefen sei versucht worden, Zusammenhänge mit aktuellen politischen Vorgängen herzustellen. Dies sei entweder aus Unwissenheit oder mit rufschädigender Absicht erfolgt. Die Absage eines vom Schulamt initiierten Pressegesprächs sei in gemeinsamer Entscheidung aller Schulräte und aus Fürsorgepflicht erfolgt, um die Schulen zu schützen. Die Stellungnahmen und Leserbriefe haben diese Sorge bestätigt.

Weiter erklärt er, der kürzlich gemachte Vorwurf, die Schulaufsicht hätte per Anordnung die Teilnahme von Lehrkräften an Wahlveranstaltungen „abgeblockt“, erweise sich von selbst als absurd. Das Staatliche Schulamt verfüge weder über rechtliche noch organisatorische Möglichkeiten, die über 850 Lehrkräften in ihren demokratischen Rechten zu behindern, im Besonderen während der Ferienzeit, in der die meisten Lehrkräfte gar nicht erreichbar seien. Die Staatliche Schulaufsicht in diesem Zusammenhang in die Nähe von totalitären Regimen zu stellen sei infam und verantwortungslos. Es sollte doch positiv gesehen werden, dass Schulräte als Referenten auf Wahlveranstaltungen nicht zur Verfügung stehen. Das Staatliche Schulamt habe bewusst auf weitere Stellungnahmen zu den Vorwürfen in der Presse verzichtet. Es wäre leicht gewesen, die Unwissenheit und das populistische Gebaren verschiedener Leserbriefschreiber und Kommentatoren vorzuführen. Er bittet und bietet allen Mitgliedern des Kreistages an, eine bessere Kommunikation zu

ermöglichen. Bevor eine Vermutung in die Welt gesetzt werde, sollten bei den jeweiligen Behörden oder betroffenen Personen Erkundigungen eingeholt werden. Das Staatliche Schulamt als Schulaufsichtsbehörde für die Grund- und Hauptschulen im Landkreis stehe diesbezüglich allen Kreisräten für Auskünfte und Informationen zur Verfügung, auch wenn es gegenüber dem Kreistag nicht auskunftspflichtig sei.

Wortmeldungen dazu ergeben sich nicht.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

3.5 Bericht KKH Erding

Der Vorsitzende erklärt, es liege eine schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vor. Er begrüßt dazu den Vorstandsvorsitzenden Dr. Ramming und das Vorstandsmitglied Dr. Hüttner vom Krankenhaus Erding und bittet um die Beantwortung der Fragen, soweit sie nicht direkt an ihn gerichtet seien.

Der Vorsitzende betont, er möchte zu diesem Sachverhalt einige Dinge darstellen, denn es sei schon interessant, was an Vermutungen unterschwellig mitgegeben werde.

Die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion lautet:

„Sehr geehrter Herr Landrat, hiermit bitten wir im Namen der SPD-Kreistagsfraktion um einen Bericht zur Aufklärung von Vorwürfen, wonach im Kreiskrankenhaus das Arbeitszeitgesetz nicht eingehalten wird und weitere Beschwerden über die Arbeitsbedingungen vorliegen.

Der Bericht soll auch auf folgende Fragen eingehen:

Haben Sie als Verwaltungsratsvorsitzender bzw. Landrat mit Mitarbeitervertretern bezüglich der Arbeitsbedingungen Gespräche geführt und falls ja, was war das Ergebnis des Gesprächs? Hat sich die Zahl der Überstunden im Laufe der letzten Jahre erhöht? Wenn ja, wie erfolge der notwendige Ausgleich? Wurde bei der Besetzung nachts eingespart?

Da die Zahl der kontinuierlichen Neueinstellungen nur bedingt etwas über den Personalstand aussagt, bitten wir um Auskunft zur aktuellen Teilzeitbeschäftigung. Hat diese im Vergleich zu früher seit der Rechtsformumstellung zugenommen?

Wie sieht es mit der Fluktuation aus? Hat sie im Vergleich zu vor der Rechtsformumstellung zugenommen und welche Gründe erkennen Sie dafür? Kann es auch deshalb Schwierigkeiten geben, weil im Haus verschiedene Tarife bezahlt werden?

Sie erklärten über die Presse, dass es bei routinemäßigen Besuchen nie zu Beanstandungen gekommen sei. Kam es bei anderen Anlässen zu Beanstandungen?

Wir bitten Sie die Auskünfte bezüglich dem Kreiskrankenhaus und dem Tochterunternehmen ProMed zu spezifizieren.

Für den guten Ruf des Kreiskrankenhauses ist es unbedingt erforderlich, dass hier aufgeklärt wird. Teilen Sie uns bitte in der Kreistagssitzung vom 15. September 2008 mit, ob tatsächlich die Gewerbeaufsicht eingeschaltet wurde. Sollten die Vorwürfe zutreffen, ist unverzüglich Abhilfe zu leisten.

Es erscheint uns sehr wichtig, hierüber uns Kreisträte und ggf. auch die Öffentlichkeit zu informieren, da es sich um eine Einrichtung der öffentlichen Hand handelt. “

Der Vorsitzende betont, es gebe eine eindeutige Regelung über die Zuständigkeit Vorstand, Geschäftsführung und Aufsichtsgremium (Verwaltungsrat bzw. Aufsichtsrat in der ProMed).



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Auf die erste Frage antwortet der Vorsitzende, es seien immer wieder Gespräche mit der Mitarbeitervertretung geführt worden. Beim letzten Gespräch am 31.07.2008, 10.00 Uhr in seinem Besprechungszimmer waren alle Verwaltungsratsmitglieder eingeladen. Er habe in einem gemeinsamen Gespräch über das Thema Krankenhaus im Allgemeinen, politische Entscheidungen zum Kommunalunternehmen, Personalvertretung, usw. in Abwesenheit der Vorstände informieren wollen. Von der SPD sei kein Verwaltungsratsmitglied oder Stellv. Verwaltungsratsmitglied anwesend gewesen. Es sei ausdrücklich auf Themen eingegangen worden, die nicht vom Vorstand entschieden werden, sondern einer politischen Entscheidung bedürfen. Es sei dabei in erster Linie und hauptsächlich die Sorge der Mitarbeiter der Personalvertretung gewesen, ob der Landkreis weiterhin in der 100 %-Trägerschaft bleiben werde oder nicht. Vertreter der CSU und auch Kreisrat Patschky (FW) waren bei dem Gespräch anwesend. Dabei haben alle versichert, dass es ein Anliegen sei, das Krankenhaus auch künftig in der Trägerschaft des Landkreises zu behalten.

In der Folge seien Anfragen vom Landtag gekommen. Die Antworten des Staatsministers geben keinen Anlass, dass Ganze breit zu treten. Es sei aber anscheinend vieles vermengt worden.

Er möchte extra darauf hinweisen, dass insbesondere vor ein paar Jahren gerade die SDP geraten habe, das Krankenhaus in Dörfern umzuwandeln und nicht mehr als Krankenhaus zu betreiben. Er verweist dazu auf die Presseartikel vom 27.06.2001, 28.06.2001, 03.07.2001, 04.07.2001 und 11.07.2001, in denen die SPD, im Besonderen die damalige Kreisrätin Jell mehrfach darauf hingewiesen habe, dass „es eine Vogel-Strauß-Politik wäre, zu glauben, es könnte so weitergehen wie bisher“, sie „verstärkt darauf Wert lege, eine Gerontopsychiatrie einzurichten“, dass „das Haus nicht mehr zu halten sei“ und „dass der Gesundheitssektor vor riesigen Herausforderungen steht und sich im Jahr 2030 zeigen wird, dass das Haus als Klinik nicht mehr zu halten sein wird“. In einem Kommentar vom 04.07.2001 heißt es: „... Die SPD pocht darauf, die Bürger hätten ein Recht darauf, zu erfahren, worüber man sich hinter geschlossenen Türen schon seit langer Zeit die Köpfe zerbricht. ...“. Der Vorsitzende denkt, das Ganze sei zum Schaden des Krankenhauses gewesen. Gerade mit solchen Aktionen werde das Gegenteil erreicht, auch von dem was die SPD möchte, das Krankenhaus künftig zu erhalten. Er habe die Sorge, dass bei diesen Dingen zum Schluss der Schaden für das Krankenhaus nicht ganz unerheblich sein werde. Es gebe eine klare und deutliche Positionierung: Leistungsausweitung und Leistungsmehrung an unserem Krankenhaus. Wenn so getan werde, als ob unzumutbare Arbeitszustände wären, die nicht den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, sei die Motivation der Mitarbeiter nicht mehr groß. Er habe inzwischen auch von Mitarbeitern und Personalvertretungen Rückmeldung bekommen, die die Diskussion als sehr bedauerlich empfinden, weil sie Sorge haben, dass insgesamt das Ansehen des Hauses leidet, denn die Bürger entscheiden, ob sie in das Krankenhaus gehen. Es wundert ihn, dass es, obwohl der erhobenen Vorwürfe, dass „extreme Personalnot herrscht“, bei den Mitarbeitern einen sehr hohen Stammbereich gebe und es nicht zu einer konkreten Anzeige beim Gewerbeaufsichtsamt gekommen sei, sondern nur zu einer anonymen Anfrage.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Er denkt, in der Summe gebe es höchstmotivierte Mitarbeiter, die viel leisten. Das sei aber durch die Rahmbedingungen, die bundesgesundheitspolitischen Ursprung haben, vorgegeben. Im Weiteren bittet er Dr. Ramming um Erläuterung.

Dr. Ramming bedankt sich für die Möglichkeit, Stellung nehmen zu dürfen und zeigt sich über die aktuelle Presseerstattung überrascht. Es sei ihm schleierhaft, wer diesen sprichwörtlichen Keil in die positive Darstellung des Unternehmens treiben möchte.

Eine positive Nachricht möchte er den Kreistagsmitgliedern mitteilen, das Krankenhaus sei zum Akademischen Lehrkrankenhaus zugelassen worden. Die Kriterien, die Anerkennung zu bekommen, seien sehr hoch und ein wichtiger Schritt für den ärztlichen Nachwuchs.

Zum Thema Gewerbeaufsichtsamt erklärt er, es kursieren unterschiedliche Informationen in der Presse. Er kann nur sagen, das Krankenhaus sei bei einem Routinetermin (Sicherung von Krankbetten, Tragen, usw.) am 04.09.2008 informiert worden, dass es eine anonyme Anfrage gebe, die sich auf Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetzes beziehe. Das sei die komplette Information, die das Krankenhaus vom Gewerbeaufsichtsamt bekommen habe. Auch auf eine intensive Nachfrage bei der Gewerbeaufsicht waren keine konkreten Informationen zu erfahren. Es seien daraufhin sofort alle erforderlichen Dinge offen gelegt worden, weil natürlich größtes Interesse besteht, dass die Dinge rechtmäßig behandelt werden. Es haben zwei Mitarbeiter des Gewerbeaufsichtsamtes Einblick in den elektronischen Dienstplan bekommen, es seien eine ganz umfangreiche Lieferung von Daten in Bezug auf Tarifverträge, Arbeitszeitbestimmungen, Arbeitszeitnachweise, etc. zur Verfügung gestellt worden. Das Gewerbeamt habe daraufhin mitgeteilt, dass eine Rückmeldung frühestens Ende Oktober 2008 erfolgen werde.

Der Vorsitzende fragt, bis wann die genannten Unterlagen geliefert werden müssen.

Dr. Ramming antwortet, die Frist, die vom Gewerbeaufsichtsamt festgelegt worden sei, sei der 30.09.2008.

Dr. Ramming betont, das Krankenhaus sei ein Dienstleistungsunternehmen mit knapp 750 Mitarbeitern in den Häusern Erding und Dorfen. Wenn die Mitarbeiter keine gute Leistung mehr bringen können und demotiviert und überlastet seien, habe der Vorstand die Aufgabe nicht gut erledigt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, heute könne nicht über Einzelthemen diskutiert werden, es können lediglich Anfragen zugelassen werden.

Dr. Ramming erklärt zur gestellten Frage: „Hat sich die Zahl der Überstunden im Laufe der letzten Jahre erhöht? Wenn ja, wie erfolge der notwendige Ausgleich?“, bis Mitte des Jahres 2008 seien knapp 2.000 Mehrarbeitsstunden geleistet worden. Der notwendige Ausgleich erfolge tarifbedarfsgerecht über den Freizeitausgleich.

Zur nächsten Frage: „Wurde bei der Besetzung nachts eingespart?“ erklärt er, dass bei den Nachtbesetzungen keine Einsparungen vorgenommen worden seien.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Zur Frage: „Da die Zahl der kontinuierlichen Neueinstellungen nur bedingt etwas über den Personalstand aussagt, bitten wir um Auskunft zur aktuellen Teilzeitbeschäftigung. Hat diese im Vergleich zu früher seit der Rechtsformumstellung zugenommen?“ merkt Dr. Ramming an, der Anteil der Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse sei in den letzten Jahren gestiegen. Der positive Trend ermögliche vor allem jungen Müttern, wieder in den Beruf einzusteigen. Damit fördere das Krankenhaus Erding die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Anteil weiblicher Mitarbeiter liege bei ca. 80 %. Es werde kein Zusammenhang zwischen Teilzeitbeschäftigung und Rechtsformumstellung gesehen. Die Zahl der neu geschaffenen Stellen im Zeitraum von 2004 bis 2008 liege bei 27 Vollzeitstellen, die sich auf 50 neue Mitarbeiter aufteilen. Somit sei festzustellen, dass der Personalstand in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut worden sei. Er ergänzt, das sei nicht in allen Krankenhäusern so geschehen, im Gegenteil, deutschlandweit sei bekannt, dass in der Pflege Stellen abgebaut worden sind.

Zur Frage: „Wie sieht es mit der Fluktuation aus? Hat sie im Vergleich zu vor der Rechtsformumstellung zugenommen und welche Gründe erkennen Sie dafür?“ erklärt Dr. Ramming, es seien die Jahre 2006, 2007 und 2008 zugrunde gelegt worden. Hierbei habe es 2006 163 Austritte, 2007 156 Austritte und bis September 2008 150 Austritte gegeben. Die Ursachen der Fluktuation seien zum Teil Schwangerschaften und der Wechsel zu einem heimatnahen Arbeitsplatz.

Zur weiteren Frage: „Kann es auch deshalb Schwierigkeiten geben, weil im Haus verschiedene Tarife bezahlt werden?“ merkt Dr. Ramming an, im Bereich der medizinischen Hauptleistung (Pflege, Funktionsdienst, etc.) gebe es bestehende BAT-Verträge mit dem Stand 31.12.2004 (vor der Rechtsformumwandlung) und Arbeitsverträge nach Haustarifverträgen, die seit dem 01.01.2008 gelten und jedem zum Übertritt offen stehen.

Der Vorsitzende ergänzt, in den Personalversammlungen seien die Mitarbeiter ermuntert worden, zum Haustarif zu wechseln, wenn sie mit dem „alten BAT“ nicht einverstanden seien.

Zur nächsten Frage: „Sie erklärten über die Presse, dass es bei routinemäßigen Besuchen nie zu Beanstandungen gekommen sei. Kam es bei anderen Anlässen zu Beanstandungen?“ sagt **Dr. Ramming**, es sei zu keinen Beanstandungen gekommen. Er wiederholt, am 04.09.2008 sei mitgeteilt worden, dass eine anonyme Anfrage vorliege. Es seien sofort Untersuchungen eingeleitet worden, die aus eigenem Interesse umfassend unterstützt werden. Mit einem Ergebnis der Gewerbeaufsicht sei Ende Oktober zu rechnen.

Dr. Ramming merkt weiter an, es sei auf das öffentliche Interesse eingegangen worden. Es heißt: „Es erscheint uns sehr wichtig, hierüber uns Kreisräte und ggf. auch die Öffentlichkeit zu informieren, da es sich um eine Einrichtung der öffentlichen Hand handelt.“ Dr. Ramming erklärt, nach Einschätzung des Vorstandes sei das öffentliche Interesse durch die Satzung des Kommunalunternehmens gewahrt. Für das Krankenhaus seien der gute Ruf des Hauses sowie der Leumund der Angestellten eine

der wesentlichen Aufgaben der Geschäftsleitung und auch Geschäftsgrundlage.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Schmidt merkt an, es sei schwierig, wenn heute keine Diskussion stattfinden kann. Er möchte aber anmerken, dass die SPD-Fraktion nicht möchte, dass das Kreiskrankenhaus negativ gesehen werde. Er betont, dass die Situation 2001, wie sie der Vorsitzende geschildert habe, mit der aktuellen Situation nicht zu tun habe.

Der Vorsitzende antwortet, er habe deshalb darauf hingewiesen, weil er miterlebt habe, wie anschließend im Wahlkampf über die Schließung des Krankenhauses Dorfen viel geredet worden sei. Als Landrat habe er auch mitbekommen, dass es eine große Verunsicherung bei den Mitarbeitern im Krankenhaus Dorfen gegeben habe. Eine seiner ersten Aufgaben sei gewesen, den Dorfener Bürgern zu erklären, dass der Standort in Dorfen bleiben werde. Er denkt, die Stimmungsmache stelle das Problem dar.

Kreisrat Schmidt merkt weiter an, wenn das Ministerium schreibt, dass das Gewerbeaufsichtsamt bei der Reg. v. Obb erstmals Ende April 2008 mit diesen Vorwürfen konfrontiert worden sei und es dann so lange dauere, um beim Krankenhaus nachzufragen, sollte das schon belegt werden. Er denkt, dass eine Überprüfung keine Probleme mache. Wichtig sei, dass die Öffentlichkeit informiert werde. Es war das Anliegen von Frau Dr. Kronawitter, wenn es solche Probleme gibt und Schwierigkeiten angesprochen werden, dass die nach Möglichkeit behoben werden. Die SPD-Fraktion habe zusätzliche Fragen gestellt. Im Übrigen habe der Termin (31.07.2008) stattgefunden, als die Kollegen im Urlaub waren.

Der Vorsitzende zeigt sich erfreut darüber, wenn die Sorge um das Krankenhaus so gesehen werde. Bei der Anfrage von Frau Dr. Kronawitter heißt es, es gebe „einen extremen Personalnotstand“ und dass „ständig Personal abgebaut worden sei“. Er denkt, das seien Dinge, die schlichtweg falsch dargestellt worden sind und nicht den Tatsachen entsprechen. Deswegen habe er auch so reagiert. Die Überprüfung der Gewerbeaufsicht sei ein Teil. Es werde aber unterstellt, dass die Geschäftsführung seit Jahren ständig Personal reduziere, usw., und genau das Gegenteil sei der Fall. Das Krankenhaus und die Geschäftsführung geraten dabei ein Stück weit in Misskredit, als ob sie vor dem Gewerbeaufsichtsamt Angst hätten. Warum das Gewerbeaufsichtsamt nicht schneller reagiert habe, sei nicht bekannt. Einer der Gründe sei vielleicht in der Antwort des Schreibens vom Bayer. Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 26.08.2008, Absatz 2: „Die Zuständigkeit der Gewerbeaufsicht ist für arbeitszeitrechtliche Verstöße gegeben. Die konkreten Hinweise des Beschwerdeführers ergaben Anhaltspunkte für Ruhezeitverstöße. Das Gewerbeaufsichtsamt hat daher entsprechende Arbeitszeitznachweise vom Kreiskrankenhaus Erding angefordert.“

Kreisrat Schmidt denkt, es sollte damit kein Wahlkampf betrieben werden.

Der Vorsitzende sagt, das wäre sehr recht und er bittet, das auch entsprechend so weiterzugeben.



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Mehringer stellt fest, das Krankenhaus mit über 700 Mitarbeitern habe eine Personalvertretung. Er fragt, ob die örtliche Personalvertretung in den Monatsgesprächen moniert und angesprochen habe, dass Verstöße gegen die Arbeitszeitverordnung vorliegen.

Dr. Ramming antwortet, die Personalvertretung habe sich dazu erst geäußert, nachdem diese anonyme Anfrage gestellt worden sei.

Kreisrat Mehringer stellt also fest, dass bei neun von zehn Treffen die Thematik im Hause nicht thematisiert worden sei.

Dr. Ramming ergänzt, es sei viel über Arbeitszeiten, Dienstverordnungen, Wünsche von Mitarbeitern, z.B. wie Schichten gelegt werden, usw. gesprochen worden. Es habe keine klaren Hinweise von der Personalvertretung gegeben, dass es zu Verstößen gegen die Arbeitszeit gekommen sei.

Kreisrat Becker erklärt, eigentlich seien Wortmeldungen gar nicht erlaubt, aber er möchte doch dazu sagen, dass anonyme Hinweise das „fieseste“ seien, was es gibt. In seiner Berufstätigkeit habe er diese in den Papierkorb geworfen. Er denkt, wenn jemand etwas zu beanstanden habe, müsse er dazu stehen. Zur Frage von Kreisrat Mehringer merkt er an, bei dem Gespräch des Verwaltungsrates mit der Personalvertretung sei das Thema Verstöße gegen die Arbeitszeit nicht mit einem Halbsatz angesprochen worden.

Er denkt, wer dem Krankenhaus helfen will und er bittet jeden, das zu tun, der sollte das nicht über die Presse tun. Alle wissen, in der letzten Zeit habe die Krankenhausgesellschaft erklärt, dass bundesweit 5,3 Milliarden € in den Krankenhäusern fehlen. 2.100 Krankenhäuser gebe es noch. In 10 Jahren werden es vielleicht noch 1.500 sein. In unserem Haus seien alle die Dinge, bei denen eingespart werden kann, ausgeschöpft. Ein Ausgleich könne nur durch Leistung erfolgen. Dazu seien hervorragende Ärzte eingestellt worden und beachtliche Zuwachsraten vor Ort zu verzeichnen. Dass es dabei Engpässe geben kann, wenn beispielsweise in der Notaufnahme, wo es am Freitag oder Samstag 60 Notaufnahmefälle gebe und der morgendliche Schichtwechsel dazu komme, sei verständlich. Er sei überzeugt und es wird sich herausstellen, dass in keinem Dienstplan gegen die Arbeitszeit verstoßen worden sei.

Er bittet nochmals darum, es so zu sehen, das Krankenhaus sei für die Bürger des Landkreises und kein Krankenhaus der CSU. Die SPD-Fraktion schade mit solchen Vorurteilen dem Ansehen des Krankenhauses. Der Landkreis sei darauf angewiesen, Leistung zu bekommen und zusätzliche Leistungen zu erbringen. Dazu werde auch das Personal angepasst. Er denkt, wenn das Krankenhaus schlecht gemacht wird, werde freiwillig keiner kommen, um dort zu arbeiten. Das Krankenhaus sei ein sensibler Bereich und es sollten damit alle gemeinsam sensible umgehen.

Kreisrat Kuhn merkt an, er habe kein Problem damit. Heute sei in der Presse zu lesen, dass „Gesundheitsminister Bernhard erklärte, die Behörden seien bereits im April auf zu lange Arbeitszeiten und beschnittene Ruhephasen in der Klinik in der Trägerschaft des Landkreises aufmerksam gemacht worden. Daraufhin sei die Regierung

tätig geworden.“ Der Vorsitzende sagt aber, er wisse nichts davon. Kreisrat Kuhn denkt, wenn die Angelegenheit nicht so sei, wie dargestellt, werde der Vorsitzende Klage erheben.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende antwortet, die Anfrage von Frau Dr. Kronawitter über die Presse habe er an den Vorstand des Krankenhauses weiter gegeben. Herr Fischer habe eine Antwort an die Vorstandsreferentin Frau Fritzen (Öffentlichkeitsarbeit KKH Erding) weitergeleitet mit den Fragen, „Wie stellt sich die Entwicklung des Personalstandes im Pflegebereich für die Jahre 2005, 2006, 2007 und 2008 dar? War das Gewerbeaufsichtsamt in ihrem Hause tätig? Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis? Wurden Mitarbeiter angehalten, Pflegemaßnahmen einzuschränken? Wenn ja, wann, von wem und warum?“. Die Antwort vom 20.08.2008, 15.09 Uhr war: „Das Kreiskrankenhaus Erding hat den Bereich der Pflege seit Jahren kontinuierlich durch Neueinstellungen vorgenommen. Das Personal sei in den vergangenen vier Jahren um 50 Personen auf jetzt 301 Mitarbeiter aufgestockt worden. Deshalb kann von einer extremen Personalnot, so wie von Frau Dr. Kronawitter behauptet, keine Rede sein. Generell gelte für uns, die Pflege von Patienten steht im Mittelpunkt unserer Tätigkeit im Kreiskrankenhaus Erding und ist zu keinem Zeitpunkt und schon gar nicht per Anweisung reduziert worden. Ermittlungen der Gewerbeaufsicht, wie von Frau Dr. Kronawitter behauptet, sind uns nicht bekannt. Das Kreiskrankenhaus Erding arbeitet vertrauensvoll und regelmäßig mit der Gewerbeaufsicht zusammen. Zu Beanstandungen ist es im Rahmen der routinemäßig durchgeführten Untersuchungen von Vertretern des Gewerbeaufsichtsamtes nicht gekommen.“

Kreisrat Kuhn stellt nochmals fest, das Thema sei im April bereits bei der Regierung v. Obb bekannt gewesen und der Vorsitzende behauptet, er habe davon nichts gewusst.

Der Vorsitzende betont, er werde zu den Routinekontrollen des Gewerbebeamten am Kreiskrankenhaus nicht eingeladen. Der Informationsstand sei so, wie er gerade geschildert habe. Dr. Ramming kann Auskunft geben, was das Gewerbeaufsichtsamt auch bei nicht-routinemäßigen Besuchen wollte.

Dr. Ramming antwortet, ab 2006 seien alle Kontakte mit der Gewerbeaufsicht zu Personalthemen zusammengestellt worden. Der erste Kontakt mit der Gewerbeaufsicht 2008 habe am 21.07.2008 stattgefunden. Das Krankenhaus sei aktiv auf die Gewerbeaufsicht zugegangen, weil es sich um die Verlängerung auf eine zwei Jahre befristete Ausnahmegenehmigung für das Dienstplanmodell der Assistenzärzte der Inneren Medizin gegangen sei. In dem Zusammenhang sei beantragt worden, dass das Dienstzeitmodell fortgeführt werden soll, weil es sich bewährt habe. Daraufhin habe die Gewerbeaufsicht am 04.08.2008 von den betroffenen Beschäftigten (Assistenzärzten der Inneren Medizin) Arbeitszeitrachweise für den Zeitraum 01.04. bis 31.07.2008 angefordert, um letztendlich die Einhaltung dieser in der Ausnahmegenehmigung festgelegten Dienstzeiten zu prüfen. In Bezug auf diese Prüfung sei zu dem bekannten Termin 04.09. 2008 eine sehr positive Aussage seitens der Gewerbeaufsicht erhalten, dass die Arbeitszeitrachweise „im grünen Bereich“ seien.



Der Vorsitzende ergänzt, am 08.08.2008 war die Anfrage von Frau Dr. Kronawitter im Landtag.

Kreisrat Schmidt merkt an, der Vorsitzende habe in der Antwort gesagt, „Beanstandungen durch die Gewerbeaufsicht seien aus der Luft gegriffen“. Er hätte das so nicht sagen dürfen, weil es konkrete Hinweise schon sehr viel früher gegeben habe. Er hofft auf eine sinnvolle Klärung.

Der Vorsitzende antwortet, es geht um den konkreten Vorwurf „extremer Personalnotstand“ und dass „Dienstsanweisungen angeblich getroffen worden sind, dass Mitarbeiter arbeitszeitrechtlich Gesetzesüberschreitungen durchführen“. Diese Behauptungen seien nicht richtig. Frau Dr. Kronawitter hätte bei einem Verdacht auch direkt anfragen und nicht Mutmaßungen aufstellen können.

Kreisrat Els möchte zum Schluss sagen, die Gewerbeaufsicht werde bis Ende Oktober eine Prüfung durchführen. Wenn der Vorsitzende Kenntnisse über das Ergebnis habe, sollte der Kreistag darüber informiert werden. Das Hin- und Hergerede bringe heute nichts.

Der Vorsitzende sagt, er habe heute versucht, die Anfragen zu beantworten, obwohl der Punkt heute nicht auf der Tagesordnung war, weil die Frist für die Behandlung eines Themas (20 Tage vor der Sitzung) nicht eingehalten war. Es sei ihm aber wichtig, ein Stück weit sachlich dies zu erläutern.

Kreisrat Kuhn erklärt, der Vorsitzende habe seine Frage nicht beantwortet.

Der Vorsitzende sagt, wer behauptet, dass er vor Freitag, 05.09.2008 (Urlaub) gewusst hätte, dass die Gewerbeaufsicht arbeitsrechtlich oder sonstige Dinge beanstandet habe, der lüge.

Kreisrat Kuhn fragt, was der Vorsitzende dagegen unternehmen werde.

Der Vorsitzende antwortet, gerade heute habe er es in öffentlicher Sitzung kundgetan. Privatrechtliche Schritte werde er prüfen.

Dr. Ramming merkt noch an, auch die Vorstände seien im heutigen Presseartikel genannt und der Lüge bezichtigt worden. Es sei nicht gelogen worden. Er möchte der Presse Offenheit signalisieren. Übermorgen werde ein Pressegespräch stattfinden.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende die Sitzung des Kreistages um 18:00 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte